

Haushaltsrede Andreas Bernhardt, Oberurseler Bürgergemeinschaft (OBG), 16. November 2017

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich mit lobenden Worten beginnen. Der Haushaltsentwurf ist formal der Verwaltung sehr gelungen. Vielen Dank hierfür an Herrn Stadtkämmerer Schorr, Frau Schminaski-Sippel und Herrn Heinze. Anregungen der letzten Jahre wurde eingearbeitet und die vielen Grafiken helfen zum besseren Verständnis der doch trockenen Materie. Die Atmosphäre bei den Haushaltsberatungen haben wir als wesentlich entspannter als im Vorjahr wahrgenommen. Hier sind die Vertreter der Koalition zu loben. Anträge der Oppositionsfaktionen wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt. Der Eindruck konnte gewonnen werden, dass sich die Koalition mit ihnen auch inhaltlich befasst hat.

Zur Sache. Nun hat das Loben ein Ende.

Es gilt festzustellen, Oberursel ist auf Rekordkurs. Erstmals in seiner Geschichte sollen mehr als 110 Millionen Euro ausgegeben werden. Wie auch in den vergangenen Jahren wird vom Sparen und Konsolidieren gesprochen, aber nicht gehandelt. Ein satter Anstieg von 10% der städtischen Ausgaben. Augenscheinlich konzertiert sich die Koalition nur darauf, Zahlenkolonnen fortzuschreiben. Wo sind die Einsparvorschläge? Welche Ideen und Visionen gibt es zum Haushalt? Kein Mut?

Wir wollen nicht vergessen, seit 1. Januar diesen Jahres haben alle die hier wohnen 32% mehr Grundsteuer zu bezahlen. Jegliches Wohnen in Oberursel ist damit teurer geworden. Die Bürger haben ihren Anteil zur Sanierung des städtischen Haushaltes erbracht, die Stadt im Gegenzug aber keine Einsparungen. Wenn Sie so weiter machen, kann man schon neuerliche Steuererhöhungen befürchten.

Ich möchte auf fünf Punkte näher eingehen:

1. Kinderbetreuungskosten:

Ja, in Kinderbetreuung zu investieren ist wichtig, richtig und erforderlich. Im Jahr 2014 wurden hierfür 12,5 Mio Euro unter dem Strich aufgewendet, im Jahr 2017 17,3 Mio Euro und in 2018 18,7 Mio. Euro. Also wieder rund 1,4 Millionen mehr als 2017. Im Vergleich zu 2014 sollen es 2018 rund 50% mehr sein.

Erlauben Sie mir eine kleine Rückschau: Für das Jahr 2014 sieht der Präsident des Landesrechnungshofes ein Ergebnisverbesserungspotenzial von 4,6 Millionen. Für 2018 wäre dies bei gleichen Kriterien ein weitaus höherer Betrag. Es ist auch uns vollkommen klar, dass man dieses Potential nicht ganz ausschöpfen kann und auch wir das nicht ausschöpfen wollen. Daher hatten wir im letzten Jahr 50% als Ziel gefordert. Dies war von der Koalition nicht gewollt. Wir sind uns sicher, man muss ein Ziel mit einer Zahl benennen, sonst wird das nichts. Wir haben dieses Jahr Ihnen 1,4 Millionen Euro als Ziel vorgeschlagen. Dies ist genau die Erhöhung der Unterdeckung von 2017 auf 2018. Wohin die Reise gehen soll, legt das Stadtparlament fest. Gibt es kein konkretes wirtschaftliches Ziel, wird keine wirklich nennenswerte Einsparung geben können. Warum auch.

Bereits für das Jahr 2015 hatte die OBG beantragt 100.000 Euro für einen externen Berater zu verwenden, um durch Profis mit entsprechender Erfahrung zu ermitteln, warum die Kinderbetreuung bei uns so teuer ist. Gerade die städtischen Einrichtungen sind mit großem Abstand die teuersten. Ich erinnere mich gut, dass die CDU diese Idee gut gefunden hatte, aber das Ergebnis der vergleichenden Prüfung abwarten wollte.

Wischwaschi bringt nicht weiter. Genau so wenig scheinbar die eingerichtete Magistratskommission zur vergleichenden Prüfung. Sie tagt hinter verschlossenen Türen. Von geplanten Sitzungen war rund die Hälfte kurzfristig ausgefallen. Wo bleiben erste Ergebnisse?

In Zukunft stehen wir hier vor weiteren Herausforderungen. Bis Ende der Wahlperiode will eine Mehrheit dieses Hauses 1.000 neue Wohnungen in unserer Stadt errichten lassen. Hier kommen viele weitere Kinder zu Betreuung hinzu. Neue Gruppen in der U3, Kindergarten und Hortbetreuung werden nötig. Dies ist mit weiteren hohen Kosten und Investitionen verbunden. Wer soll das bezahlen?

Wir als OBG sind der Auffassung, freie oder kirchliche Träger können die Betreuung bei gleicher Qualität für alle Beteiligten günstiger anbieten. Im Haushaltsplan wird dies auch deutlich. Um dies ernsthaft prüfen zu können, ist allerdings die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufgabe einer städtischen Trägerschaft von Nöten. Diese vermessen wir allerdings bei Vielen noch.

Die größte Frechheit ist allerdings das Versprechen der Landesregierung, dass Eltern keine Kindergartengebühren mehr zu zahlen haben. Das Land verspricht und die Zeche zahlen dann die Kommunen. Hierzu wurde in den Medien ja bereits zahlreich und intensiv berichtet. Das Land sollte es gesetzlich umsetzen, dann müsste es auch zahlen. Aber es ist als Förderprogramm geplant, an dem die Kommunen teilnehmen können. Und mal ehrlich, Kommunalpolitiker die gegen einen Förderantrag ihrer Kommune stimmen würden, müssten ziemlich dumm sein. Es wäre Niemanden zu vermitteln, warum man nicht teilnimmt. Die Eltern werden ja entlastet. Wir fordern die Stadtverordneten der CDU und der Grünen auf entsprechend auf die Landesregierung einzuwirken. Wahlgeschenke des Landes auf Kosten der Kommunen – geht gar nicht. Wo soll das alles hinführen?

Heute weiß zum Beispiel noch keiner genau, wie viele Essenplätze in den Einrichtungen neu zu schaffen sind, da die Gebührenfreiheit dann für sechs Betreuungsstunden täglich gelten soll und somit, anders wie bei fünf Stunden, ein Essen angeboten werden muss. Und mal ehrlich, wenn sechs Stunden frei sind, werden sich Eltern doch überlegen, ob sie nicht noch 1,2, oder 3 Stunden hinzubuchen wollen.

2. Weil wir eben schon beim Land Hessen sind. Die Hessenkasse. Ein weiteres Paradebeispiel dafür „das Land tut gutes“ aber lässt zu großen Teilen dann andere bezahlen. Egal welcher Stichtagsbetrag der Kassenkredite für Oberursel da zum Tragen kommt, macht es natürlich Sinn, auch an diesem Förderprojekt teilzunehmen. Klar ist, 25 Euro pro Einwohner und Jahr ist der Eigenbeitrag der Stadt. Da dies bereits feststeht, hätte es in die mittelfristige Finanzplanung gehört. Bisher sollten die in Anspruch genommenen Kassenkredite aus kommenden Haushaltsüberschüssen zurückgeführt werden. Für die Zeit ab 2019 ist bereits heute klar, dass rund 1.150.000 Euro jährlich verpflichtend gezahlt werden müssen. Falls die Stadt nicht über ausreichend Liquidität verfügen würde, muss es zusätzlich erwirtschaftet werden. Der Hochtaunuskreis hat bereits angekündigt es in seinem Haushaltsplan zu berücksichtigen. Da kommt das nächste Damoklesschwert womöglich auf uns zu. Da der Kreis bei der Hessenkasse auch teilnehmen will und dieser ein Vielfaches des Oberurseler Betrages als Kassenkredite in Anspruch nimmt, müssen wir wohl noch zusätzlich damit rechnen, dass der Kreis, wie auch immer, die Umlagen erhöhen wird. Auch wenn es sicher kein Ziel der Landesregierung ist, dass Städte durch höhere Umlagen weiter belastet werden, ist uns hier noch nicht klar, wie der Kreis sonst an das nötige Geld kommen soll.

3. Bei den Zuschüssen für Vereine und Vereinshäuser sollte der Rotstift angesetzt werden. Nächstes Jahr sollten 20.000 Euro eingespart werden. Durch die Veränderungsliste der Verwaltung wurde dies bereits erfreulicherweise wieder korrigiert. Für die Jahre ab 2019 war eine Einsparung von 10.000 Euro vorgesehen. Das Personal wird aber aufgestockt. Unsere Vereine sind eine tragende Säule unserer Stadtgesellschaft. Was sie insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit leisten ist vorbildlich. Hier muss sie Stadt sich weiterhin zur Unterstützung der ehrenamtlichen Aktiven bekennen. Betrachtet man die wirtschaftliche Seite der Kinder- und Jugendarbeit dürfte es keinen Zweifel daran geben, dass unsere Vereine eine anerkannt tolle Arbeit zu sehr geringen Kosten anbieten. Wir haben uns gefreut, dass bis auf FDP und AFD alle Fraktionen unserem Antrag

zugestimmt haben, dass auf diese Einsparung ab 2019 verzichtet wird. Der Bedarf ist ja nachgewiesen.

Hier muss ich nun noch einen Haken schlagen. Aus dem Haushaltsplan ist erst mal nicht ersichtlich, dass es zu dieser Einsparung kommen sollte. Ganz viele Positionen kommen in der betroffenen Haushaltsstelle zusammen. Sisyphusarbeit. Hätten wir nicht in der Ganztagesitzung konkret nachgefragt, wäre das für Opposition und Bürger nicht erkennbar gewesen, dass hier der Plan war, bei den Vereinen zu sparen. Und es ist an vielen Stellen des Haushaltsplanes so, dass nicht genau abzulesen ist, für was die Gelder konkret ausgegeben werden. Schon klar, dies geht auch nicht. Sonst hätte der Haushaltsplan nicht 890 Seiten, sondern über 10.000. Dies macht es für Stadtverordnete allerdings extrem schwer konkrete Einsparungen zu beantragen. Bürgermeister und Kämmerer sind unermüdlich dabei zu erwähnen, die Sparvorschläge müssen aus der Politik kommen. Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie, das ist kaum möglich, wenn man nicht alle Einzelpositionen benannt bekommt. Hier setzt sich wieder der rote Faden fort, dass seitens des Magistrates nicht wirklich eingespart werden soll, sondern nur Zahlenkolonnen fortgeschrieben werden.

4. Wie die Koalition alljährlich das Einsparen von Personal verhindert.

Es ist jedes Jahr das gleiche Spiel. So bald OBG oder in diesem Jahr auch FDP Stellenkürzungen vorschlagen, wird das abgelehnt. Die Leute seien ja da. Daher könne man nicht an Personalkosten sparen. Lassen Sie sich mal was Neues einfallen. Bei 335 Stellen insgesamt regelt die natürliche Fluktuation schon einiges und man kann durchaus Stellen einsparen. Wenn man will. Und die Koalition will halt nicht.

Verwundert hat uns dieses Jahr allerdings die Besetzung von Spitzenpositionen beim BSO und SEWO. Es war an sich guter Brauch in Oberursel und in der Sache auch begründet, dass über die Dezernentenstellen hinaus keine politische Besetzung von Führungspositionen erfolgt. Es erscheint schon sonderbar, dass sich unter den 23 Stadtverordneten der Koalitionsfraktionen gleich zwei Bewerber gefunden haben, die bessere Fachkenntnisse und Fähigkeiten besitzen als alle anderen Bewerber auf diese Stellen.

5. Nachdenklich

Wir haben dieses Jahr auf unseren Antrag zur Verlagerung der Bauaufsicht an den Kreis verzichtet und ihn nicht gestellt. Die Stadt führt einen Löwenanteil ihrer Steuereinnahmen als Umlagen an den Hochtaunuskreis ab. In der Kreisumlage ist die Bauaufsicht an sich bezahlt, aber wir leisten uns als Luxus eine eigene Bauaufsicht. Politisch sicher toll, aber wirtschaftlich nicht. Bürgermeister Brum hat in den vergangenen Jahren mehrfach betont, dass uns andere Städte um eine eigene Bauaufsicht beneiden. Dem kann man sicher bei toller Haushaltslage zustimmen, nicht aber wenn die Stadtkasse leer ist und bei den Bürgern höhere Steuern eingetrieben werden. Die Stadt Bad Homburg hat es da besser, da sie im Gegenzug zu übernommenen Kreisaufgaben wesentlich weniger Kreisumlage zahlen muss.

Nachdenklich stimmen uns die Erkenntnisse der letzten Woche. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde erläutert, dass auch der vorbeugende Brandschutz Kreisaufgabe sei, wenn wir keine eigene Bauaufsicht hätten. Unstreitig ist, der vorbeugende Brandschutz ist wichtig und notwendig, aber wer bezahlt es? Also zahlt Oberursel nicht nur die Bauaufsicht „doppelt“, sondern auch den vorbeugenden Brandschutz. Also hängt an der Bauaufsicht noch mehr dran, was Sache des Kreises und nicht von Oberursel wäre.

Wir hatten vorgeschlagen mit dem Kreis zu sprechen, ob die in Oberursel beschäftigten Mitarbeiter nicht beim Kreis in einer dann größer werdenden Bauaufsicht weiter beschäftigt werden können. Ein von der Koalition und Dezernenten vorgetragenes Argument gegen unsere Anträge hierzu in Vergangenheit war ja, man würde das Personal nicht unter bekommen. Hier scheint mit dem Kreis gar nicht gesprochen worden zu sein. In der Haupt- und Finanzausschusssitzung des Kreistages wurde an diesem Montag durch den Ersten Kreisbeigeordneten Uwe Kraft berichtet, eine längst fällige

Überarbeitung der Bauaufsichtsgebühren hätte bisher nicht stattfinden können, da man zu wenig Personal habe und es sehr schwer sei qualifiziertes Personal zu finden. Wir hätten es.

Seien Sie sich gewiss, wir werden das Thema Bauaufsicht erneut aufgreifen.

Fazit:

Ein Sparwille ist nicht erkennbar. Maßnahmen die dazu führen könnten, dass die Grundsteuer wieder gesenkt werden kann, gibt es in diesem Haushaltsplan nicht. Eine Fortschreibung von Zahlenkolonnen ist zu wenig. Die OBG wird diesen Haushalt ablehnen.

Danke fürs Zuhören.